

Arbeit mit der Unterstützung dieser Experten erst richtig aufgenommen hat. Auch die katholische Kirche Kolumbiens hat ihre Gewaltopfer: Allein im Lauf eines Jahres wurden drei Priester ermordet – fast unbeachtet von der Öffentlichkeit. Auch die Hierarchie äußerte sich soweit bekannt nicht zu den Vorfällen.

## Das Geschäft mit dem Rauschgift

Der mächtigste Gewalt-Faktor in der kolumbianischen Gesellschaft, das Geschäft mit dem Rauschgift, entzieht sich (zumindest noch) der soziologischen Analyse. Auch die kirchliche Untersuchung vermochte wenig mehr als den Verdacht zu äußern, daß die kolumbianischen Drogenkartelle im-

stande seien, den Staat zu erschüttern. Daß die am Rauschgift Reichgewordenen in entlegenen Landesteilen bereits ein Drittel des im Zuge der Landreform in den letzten 25 Jahren verteilten Grund und Bodens aufgekauft haben und so ihr Geld „waschen“, ist ein Beispiel für die verheerenden sozialen Auswirkungen dieses gewinnträchtigen Erwerbszweigs. Zu ihm gehören auch die meisten der zahllosen „gamines“, der Straßenjungen von Bogotá, die die Droge ernährt und ruiniert. Stärkste Abnehmer der in Kolumbien angebauten und produzierten Rauschgifte sind die USA und die Länder Westeuropas. Mit 720 Milliarden DM Umsatz pro Jahr nimmt der Drogenhandel laut Angaben der amerikanischen Regierung nach Erdöl und Waffen die dritte Stelle ein. G. B.

sichtbar wird, überrascht allein schon der Hinweis auf die Ökumene als Rechtfertigungsgrund für die Nachsicht Roms mit den Traditionalisten: Und zwar deshalb, weil ja nicht die Vielfalt an Riten in der katholischen Kirche strittig ist, sondern die *Anwendung dieses Modells auf die Lefebvre-Anhänger*; durch das Konzil und die Liturgiereform wurde immerhin eine Gestalt der Liturgie in der Gesamtkirche durch eine andere ersetzt.

Über die Zahl derer, die Lefebvres Schritt in das Schisma nicht mitzugehen gewillt sind, lassen sich bislang Aussagen am ehesten in bezug auf die Priester, Seminaristen und Ordensleute machen. Der Vorsitzende der ad-hoc-Kommission „Ecclesia Dei“, der deutsche Kurienkardinal *Augustin Mayer*, bezifferte Mitte Dezember in einem Interview mit dem italienischen Fernsehen die Zahl der Priester, Seminaristen und Ordensleute, die sich nach den Bischofsweihen von Lefebvre losgesagt haben, auf rund 100. Die *Priesterbruderschaft St. Pius X.* sah sich daraufhin genötigt, darauf hinzuweisen, daß es sich dabei keineswegs allesamt um ehemalige Mitglieder der Priesterbruderschaft St. Pius X. handele, sondern um Mitglieder verschiedenster Gemeinschaften. Nach Angaben des Generaloberen *Franz Schmidberger* haben 15 Priester (von insgesamt 218) und 19 Seminaristen (von 260) die Priesterbruderschaft St. Pius X. nach und wegen der Weihe der vier Bischöfe durch Lefebvre verlassen.

Die Entwicklung bei den rückkehrwilligen ehemaligen Lefebvre-Anhängern ist bisher weithin in den von „Ecclesia Dei“ vorgezeichneten Bahnen verlaufen. Verwundert hat jedoch die Eile, mit der der Apostolische Stuhl die Bemühungen um die Wiedereingliederung dieser Personengruppe vorantreibt. Verschiedentlich waren Bischöfe in Interviewäußerungen bemüht, den Stellenwert der Traditionalistenproblematik angesichts viel weitergehender Herausforderungen in Pastoral und Verkündigung zurechtzurücken (so z. B. der Erzbischof von Avignon, *Raymond Bouchex*, in: *La Croix*, 1. 12. 88, oder auch der Main-

## Traditionalismus: Entsteht eine Art Parallelkirche?

Auch ein halbes Jahr nach der Weihe von vier Bischöfen durch den inzwischen exkommunizierten Traditionalistenführer *Marcel Lefebvre* ist erst in Umrissen erkennbar, welche Entwicklung die Gruppe derjenigen nehmen wird, die den Schritt Lefebvres nicht mittragen wollen bzw. die der Ansicht sind, daß sie ihren Zielen besser dienen, wenn sie innerhalb der katholischen Kirche verbleiben, zumal die vom Papst in seinem Motuproprio „Ecclesia Dei“ vom 2. Juli 1988 (vgl. HK, August 1988, 365 f.) dafür festgelegten Bedingungen für sie so günstig sind, wie sie es seit Bestehen der Traditionalistenbewegung nie waren.

## Der Apostolische Stuhl hat es eilig

In seiner traditionellen Weihnachtsansprache vor den Kardinälen und den Mitarbeitern der römischen Kurie rechtfertigte Johannes Paul II. ausdrücklich dieses Vorgehen: Er habe nicht gewollt, daß der unvermeidliche Rückgriff auf die Exkommunikation

„das letzte Wort bleibt“. Deshalb habe er die Errichtung einer eigenen Kommission für angebracht gehalten, „die den entsprechend eingestellten Gläubigen den Ausdruck der positiven Werte ihrer eigenen kulturellen und geistlichen Formung innerhalb der Kirche gestatten durfte“ (vgl. *L'Osservatore Romano*, 23. 12. 88).

Mit einem Zitat aus „Ecclesia Dei“ versuchte auch der Sekretär der römischen Traditionalistenkommission gleichen Namens, *Camille Perl*, in einer Stellungnahme die römische Vorgehensweise zu erläutern: Man müsse sich erneut der „Vielfalt der Charismen wie auch der Traditionen von Spiritualität und Apostolat“ in der Kirche bewußt werden. Den Umgang der katholischen Kirche mit den Traditionalisten bezeichnete er als einen „Testfall dafür, wie einmal die orthodoxen Christen von uns aufgenommen werden, sollte die Einheit mit ihnen der einst wiederhergestellt werden“ (*L'Osservatore Romano*, Wochenausgabe in deutscher Sprache, 13. 1. 89). Abgesehen von dem problematischen Ökumene-Modell, das in dieser Aussage

zer Bischof *Karl Lehmann*, vgl. ds. Heft, S. 70). Verärgerung hat mancherorts die Tatsache ausgelöst, daß die Kontakte der römischen Kommission mit den betroffenen Personen, Gruppen und Gemeinschaften weithin *an den zuständigen Ortsordinarien vorbeilaufen*. So klagte der damalige Vorsitzende der Schweizer Bischofskonferenz, der Bischof von Sitten, *Henri Schwéry*, bereits Anfang September über mangelnde Information von seiten der römischen Kommission (vgl. HK, Oktober 1988, 492) und kritisierte, daß der Bischof von Lausanne, Genf, Freiburg, *Pierre Mamie*, nicht über die Kontakte der Kommission zur neu gegründeten *Priesterbruderschaft St. Peter* in Kenntnis gesetzt wurde, obwohl die Gründung mit römischer Unterstützung in dessen Bistum stattfand (vgl. HK, September 1988, 445).

## Keine Absage an den „Antimodernismus“

Der Bereinigung dieser Unstimmigkeiten sollte u. a. auch die Teilnahme von Kardinal Mayer an einer Sitzung des Ständigen Rates der Deutschen Bischofskonferenz im August letzten Jahres sowie eine Aussprache Mayers mit den französischen Bischöfen auf deren Vollversammlung in Lourdes dienen (vgl. HK, Dezember 1988, 590). In einem Interview mit „*La Croix*“ stellte Kardinal Mayer indes einen „Mangel an Vertrauen in die Verantwortlichen der Kirche“ fest und mahnte mehr „Vertrauen den Personen gegenüber (an), die die Anwendung des *Motuproprio* vom 2. Juli 1988 verlangen“. Die Direktiven des Papstes müßten auf korrekte Weise ausgeführt werden – „ohne mehr oder weniger stillschweigende Zurückhaltung“ (*La Croix*, 25.10.88). Noch deutlicher wurde Camille Perl gegenüber der US-amerikanischen katholischen Nachrichtenagentur NC News Service: Für einige Bischöfe sei es nicht leicht, den Vorstellungen des Papstes zu folgen, aber es sei eine Aufgabe der Kommission, den „Bischöfen zu helfen, damit sie verstehen“ (NC News Service, 15.12.88).

Im *deutschen Sprachraum* konzentriert sich gegenwärtig das Interesse vor allem auf die Gründung der Priesterbruderschaft St. Peter. Bereits eine Woche nach der Bischofsweihe durch Marcel Lefebvre kam es zu einer ersten Kontaktaufnahme von acht Lefebvre-Priestern mit römischen Stellen. Am 18. Juli erfolgte bereits die Gründung der Bruderschaft (vgl. das *Kommuniqué* aus diesem Anlaß, in: *Documentation Catholique*, 2.10.88), drei Monate später die Errichtung durch die Kommission „*Ecclesia Dei*“ (vgl. HK, Januar 1989, 43f). Vorrangiges Ziel der Bruderschaft war von Anfang an die *Schaffung eines eigenen internationalen Priesterseminars*. Dieses wurde unterdessen in Wigratzbad (Allgäu/Bistum Augsburg) errichtet. In ihm wirken zehn Priester und studieren 30 Seminaristen. In einer Verlautbarung des Bistums Augsburg (Informationen aus dem Bistum Augsburg 35/1988) hieß es dazu, daß es sich bei der Priesterbruderschaft St. Peter und dem Seminar um „*ex-empte*“ Einrichtungen handele. Die Bruderschaft habe grundsätzlich das Recht, die Liturgie nach der vor dem Zweiten Vatikanum geltenden Ordnung zu feiern. Eine neben dem Seminar befindliche Kapelle sei ihr für ihre Gottesdienste zugewiesen worden. Weitere Kirchen stünden ihr nicht zur Verfügung. Die Bruderschaft beschränke ihr Apostolat auf das von ihr genutzte Haus in Wigratzbad. Ein am Ort ansässiger Diözesanpriester wurde zum Beauftragten der Diözese für das Seminar ernannt. Einem ersten Priesteramtskandidaten erteilte Kardinal Mayer am 10. Dezember in Rom in der deutschen Nationalkirche Santa Maria dell'Anima im tridentinischen Ritus die Priesterweihe. Zwei Tage darauf wurde Kardinal Mayer zusammen mit einer Gruppe von Priestern und Seminaristen der Bruderschaft vom Papst empfangen.

Sehr viel unübersichtlicher, weil an traditionalistischen Gruppierungen und Strömungen reicher, ist die Lage in *Frankreich*. Aufsehen erregte dort vor allem die „*Verständigung*“ zwischen dem Apostolischen Stuhl und der traditionalistischen Benediktinerabtei *Sainte-Madeleine du Barroux* un-

ter ihrem Abt *Dom Gérard Calvet* im südfranzösischen Département Vaucluse (Erzbistum Avignon). Der rund 60 Mitglieder umfassenden Gemeinschaft werden seit langem enge Verbindungen zu namhaften rechtsradikalen Persönlichkeiten und Gruppen nachgesagt. Bereits wenige Tage vor den Bischofsweihen durch Lefebvre hatte Kardinal Mayer sich zu Gesprächen in Le Barroux aufgehalten. Einen Monat später, in einem Brief vom 25. Juli 1988, bestätigten die Kardinäle Ratzinger und Mayer die Aufhebung aller Sanktionen gegenüber der Klostergemeinschaft durch den Papst (vgl. den Wortlaut des Briefes, in: *Documentation Catholique*, 2.10.88).

Gérard Calvet betonte unterdessen, daß er die Vereinbarung mit Rom nur unter zwei Bedingungen eingegangen sei: Erstens daß dieser Schritt nicht eine Diskreditierung Marcel Lefebvres einschließe – denn immerhin verdanke man ihm die Bedingungen der Lösung. Zweitens daß von ihnen weder verlangt werde, in Lehr- oder liturgischen Fragen ihre Meinung zu ändern, noch auch eine Beschränkung ihrer antimodernistischen Verkündigung auferlegt werde (vgl. *La Croix*, 20.8.88). Auch nach dem Zusammentreffen Kardinal Mayers mit den französischen Bischöfen betonte der zuständige Ortsordinarius, Erzbischof Bouchex von Avignon, daß noch längst nicht alle Fragen im Zusammenhang mit der Abtei geklärt seien. Auch trat er dem Eindruck entgegen, als stimme die Erzdiözese Avignon mit der Klostergemeinschaft von Le Barroux überein. Zum Erzbistum Avignon gehört auch eine traditionalistisch ausgerichtete Benediktinerinnenabtei, die gleichfalls ihre Beziehungen zur Kirche bereinigte.

Zu Meinungsverschiedenheiten mit dem Dominikanerorden führte die Bereinigung der Beziehungen zwischen Rom und der traditionalistischen, der dominikanischen Spiritualität verpflichteten Gemeinschaft in Chéméréle-Roi (Westfrankreich) unter ihrem Oberen *Louis-Marie de Blignières*. Am 18. November teilte Kardinal Mayer den Oberen der drei französischen Dominikanerprovinzen mit, daß er per Dekret vom 28. Oktober eine tra-

ditionalistische Ordensgemeinschaft päpstlichen Rechts unter dem Namen „Saint Vincent Ferrier“ errichtet habe. Die 1979 gegründete Gemeinschaft von Chéméré-le-Roi verwendet die Konstitutionen und die Liturgie der Dominikaner aus der Zeit vor dem Konzil. Gegen diese Regelung wenden die Dominikaner vor allem ein, eine Gemeinschaft könne nicht Teile einer Ordenstradition übernehmen, „ohne daß dies aus einer rechtlichen wie tatsächlichen Zugehörigkeit zum Dominikanerorden gelebt wird“ (Provinzoberer *Francis Marneffe*, in: *Actualité Religieuse dans le Monde*, 15. 1. 89).

### Eine wirkliche Verständigung findet nicht statt

Der Vorsitzende der französischen Bischofskonferenz und Erzbischof von Lyon, Kardinal *Albert Decourtray*, nahm die Wiedereingliederung des Lefebvre-Priesters und früheren Verantwortlichen des Lyoneser Priorates der Priesterbruderschaft St. Pius X., *Christian Laffargue*, in den Diözesanklerus von Lyon zum Anlaß für eine breitere Erläuterung des kirchlichen Vorge-

hens gegenüber den Traditionalisten vor dem Priesterrat und dem Diözesanpastoralrat seines Bistums (vgl. den Wortlaut, in: *Documentation Catholique*, 2. 10. 88). Laffargue hatte er mit der Verantwortung für eine Kapelle betraut, in der Messen im tridentinischen Ritus stattfinden. Außerdem hatte er ihn mit der Spendung des Bußsakraments beauftragt (während ihm die Spendung anderer Sakramente, vor allem des Ehesakraments, vorläufig untersagt bleibt).

Decourtray wies in dem Zusammenhang darauf hin, daß das unbedingte Festhalten an der vorkonziliaren Liturgie vielfach nur eine tiefer liegende Haltung verdecke, nämlich die Ablehnung der Autorität des Konzils sowie der Päpste Johannes' XXIII., Pauls VI. und Johannes Pauls II. Solange es sich lediglich um die „Liebe zum Latein“ oder um Reaktionen gegenüber einigen Mißbräuchen der Nachkonzilszeit handele, sei die entgegenkommende Haltung der Kirche verständlich. Unakzeptabel aber sei eine latente Ablehnung des Konzils. Auch der Hinweis auf die katholischen Riten der Ostkirchen mache keinen Sinn: In keiner dieser Kirchen wende man sich gegen das Konzil. De-

courtray räumte jedoch ein, daß sich in der Praxis beide Haltungen oftmals vermischten.

Gespräche mit weiteren Priestern, Gruppen und Gemeinschaften finden in verschiedenen Teilen Frankreichs statt, etwa auch mit dem Bruder des Priors von Chéméré-le-Roi, *Bruno de Bliignièrès*, der zusammen mit Lefebvre-Traditionalisten seit Jahren die Pfarrkirche Port-Marly besetzt hält (vgl. HK, August 1987, 396), während die Besetzer der Pariser Pfarrkirche Saint Nicolas du Chardonnet und ihr „Pfarrer“ *Philippe Laguérie* Marcel Lefebvre weiterhin die Treue halten. Für Frankreich aber gilt noch mehr als für andere, vor allem die deutschsprachigen Länder: Viele Fragen im Zusammenhang mit der Wiedereingliederung der Traditionalisten sind noch ungelöst, z. B. was deren Haltung zum Zweiten Vatikanum angeht. Alles sieht derweil danach aus, als entstehe mit voller römischer Billigung eine Art *Parallelkirche* innerhalb der katholischen Kirche, nicht nur mit eigener Liturgie, sondern auch mit eigener Lehre. Eine wirkliche Verständigung über das Traditions- und Kirchenverständnis scheint nicht stattzufinden und auch nicht abverlangt zu werden. K. N.

## DDR contra Sowjetunion?

### Warum die SED die Perestroika nicht mitmacht

*Daß in der DDR-Bevölkerung derzeit massive Unzufriedenheit und Resignation grassieren, hat nicht zuletzt mit der Abgrenzung der Staats- und Parteiführung gegenüber dem Reformkurs in der Sowjetunion zu tun. Wo liegen die Gründe dafür, daß die DDR anders als Ungarn und Polen von wirtschaftlich-politischer Umgestaltung und Freiraum für öffentliche Auseinandersetzung nichts wissen will?*

Wer sich die Frage stellt, warum die DDR die gegenwärtige von Michael Gorbatschow initiierte Reformpolitik der Sowjetunion nicht mitmacht, muß sich zunächst einmal die Zielsetzung von Perestroika und Glasnost vergegenwärtigen. Es geht dabei vor allem darum, den Kommunismus effizienter zu machen. Durch Reformen im wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Bereich soll dessen Lebensfähigkeit in der Welt von heute gesichert werden. Die allmählich existenzgefährdende Kluft – einerseits Supermacht im militärischen Bereich und ander-

erseits ein Nahezu-Entwicklungsland mit katastrophalen Mängeln auf anderen Feldern (Infrastruktur, Versorgungs- und Dienstleistungswesen) – soll beseitigt werden. Die Reformen zur Modernisierung des Systems erfordern gewaltige Mittel, so daß die Sowjetunion gegenwärtig ein vitales Interesse an einer Friedenspolitik und an Abrüstungsmaßnahmen hat. Ziel von Perestroika und Glasnost ist aber nicht und kann nicht sein eine Destabilisierung des Kommunismus oder gar eine Preisgabe von Teilen des Sowjetimperiums bzw. des kommunistischen Machtbereichs. Auch Gorbatschow würde vermutlich nicht zögern, als letztes Mittel Truppen einzusetzen, um gravierende Interessen der kommunistischen Herrschaft zu sichern.

Perestroika und Glasnost sind für die Sowjetunion mit ihren verkrusteten Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft, in der das Erbe der Stalinzeit noch nicht überwunden ist, unzweifelhaft ein *großer, historisch be-*